

EU-NACHRICHTEN

Energie

Kommission legt Kriterien für grünen Wasserstoff fest
>> 3

Sondergipfel

Mitgliedstaaten vereinbaren besseren Schutz der EU-Außengrenzen
>> 4

Luftqualität

Neue Lastwagen und Busse in Europa sollen sauberer werden
>> 5

■ TAGUNG

Von der Leyen auf der Münchner Sicherheitskonferenz

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und zahlreiche weitere Mitglieder der EU-Kommission werden die diesjährige Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) besuchen. Die Tagung vom 17. bis 19. Februar beleuchtet die Folgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine auf die geopolitische Sicherheitsarchitektur, globale Energiemärkte und Welthandel.

Von der Leyen erklärte im Vorfeld des Treffens: „Wir unterstützen die Ukraine dabei, diesen Krieg zu gewinnen, und wir sorgen dafür, dass der künftige Frieden für die Ukraine ein Gewinn ist.“

[Spitzentreffen](#)



In der türkischen Provinzhauptstadt Adana suchen Helfer in den Trümmern eines Wohnhauses nach Opfern.

© murat photographer / Shutterstock.com

■ KATASTROPHENSCHUTZVERFAHREN

EU unterstützt Türkei und Syrien nach Erdbeben

Nach den schweren Erdbeben in der Türkei und Syrien hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Angehörigen der Opfer ihr Mitgefühl ausgedrückt und zugleich die Unterstützung der EU bei der Bewältigung der Katastrophe zugesichert. Die Präsidentin sagte nach einem [Telefonat](#) mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan: „Europa steht an Eurer Seite!“ **Vom ersten Moment an hat die Europäische Kommission Unterstützung geleistet, und zwar sehr schnell und weitreichend.**

Am 6. Februar hatten mehrere schwere Erdstöße die türkisch-syrische Grenzregion erschüttert, zehntausende Menschen starben. In einem ersten Schritt mobilisierte die EU-Kommission 6,5 Millionen Euro an [Soforthilfe](#): 3,5 Millionen Euro für notleidende Menschen in Syrien, 3 Millionen Euro an humanitärer Hilfe für Bebenopfer in der Türkei. EU-Kommission und schwedischer Ratsvorsitz der Mitgliedstaaten kündigten zudem für März eine [Geberkonferenz](#) für die Bebenregion an.

HILFSTEAMS DER EU VOR ORT

Der EU-Kommissar für Krisenmanagement, Janez Lenarčič, machte sich vor Ort ein Bild vom Ausmaß der Beben und der Schäden. Der Kommissar traf sich in seiner Rolle als Krisenkoordinator der EU-

Hilfe mit türkischen Offiziellen und humanitären Partnern aus Nordwestsyrien. Bei einem Besuch im türkischen [Gaziantep](#) sprach er sein tiefes Beileid aus und kündigte weitere Unterstützung an: „Wir werden jede Hilfe leisten, die wir können.“ Zuletzt landeten zwei europäische Flugzeuge in Gaziantep und Beirut mit sieben Tonnen Hilfsgütern für notleidende Menschen in Syrien.

Die Hilfe im Zuge des [EU-Katastrophenschutzverfahrens](#) war unmittelbar nach den Beben angefallen. Knapp 48 Stunden nach dem Unglück zog Lenarčič eine erste Zwischenbilanz: Demnach waren bereits 36 Bergungsteams aus den Mitgliedstaaten der EU mit rund hundert Suchhunden im Einsatz, auch Rettungsteams aus Deutschland. >>

“
Die Hilfe, die im Rahmen der Solidaritätseinsätze der EU bereitgestellt wird, ist beeindruckend.
 Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement
 ”

EU stärkt den Katastrophenschutz

Die EU-Kommission passt den Katastrophenschutz an den Klimawandel an. Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement, stellte in Brüssel ein verbessertes Katastrophenschutzkonzept für Europa vor. Das neue Konzept setzt auf fünf Ziele:

- **besser antizipieren:** Schwachstellen ermitteln und Gefahren vorhersehen
- **besser vorsorgen:** das Risikobewusstsein der Menschen und damit ihre Vorsorgebereitschaft stärken
- **besser warnen:** Frühwarnsysteme so gestalten, dass sie die Menschen rechtzeitig warnen
- **besser bewältigen:** Kapazitäten ausbauen, Überlastung vermeiden und Lücken schließen
- **besser sichern:** Einsatzfähigkeit der Katastrophenschutzsysteme muss rund um die Uhr garantiert sein

>>

„Die Zahlen ändern sich stetig“, beschrieb Lenarčič das wachsende Ausmaß der europäischen Hilfe.

Das EU-Katastrophenschutzverfahren greift seit 2001. Das Ziel: Im Notfall die europäische Hilfe besser abzustimmen und zu koordinieren. Dabei übernimmt die EU-Kommission 75 Prozent der Kosten der Hilfsmaßnahmen.

35 LÄNDER IM HILFSVERBUND

Neben den 27 Mitgliedstaaten der EU gehören dem Hilfsverbund acht weitere Länder an: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Island, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien sowie die Türkei. Die Hilfe steht generell allen Staaten weltweit offen. Die Initiative rescEU hält zudem medizinische und logistische Hilfe für den Notfall vor. So kommen aus den dezentralen Beständen von rescEU für die notleidenden Menschen im Bebengebiet 500 Wohneinheiten aus Schweden sowie 2.000 Zelte und 8.000 Betten aus Rumänien.

MONITORING RUND UM DIE UHR

In Brüssel, gleich neben dem zentralen Berlaymont-Gebäude der EU-Kommission, arbeitet das gemeinsame EU-Koordinierungszentrum für Notfallmaßnahmen. Auf Monitoren wird rund um die Uhr die Gefahrensituation weltweit beobachtet. Egal, ob extreme Dürren, Überschwemmungen oder Beben wie in der Türkei und Syrien. Dabei wird auch das EU-Satellitensystem Copernicus genutzt. Auch deshalb konnte das EU-Katastrophenschutzverfahren unmittelbar nach den Beben in der Tür-

kei und Syrien so schnell anlaufen. Auf die akute Krisenhilfe der Such- und Bergungsteams der ersten Tage folgten im Rahmen der humanitären Hilfe Zelte und Decken gegen die Kälte, Nahrungsmittel und Wasseraufbereitungsanlagen – auch aus Deutschland. Vor Ort koordiniert ein EU-Expertenteam mit elf Fachleuten die Hilfe.

SYRIEN-HILFE MIT PARTNERN

In der Türkei konnten die europäischen Rettungsteams unmittelbar ins Erdbeben-Gebiet reisen. Im Bürgerkriegsland Syrien dagegen arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten mit Hilfsorganisationen vor Ort und dem Welternährungsprogramm der UN zusammen – sowohl in Gebieten, die das Regime koordiniert, als auch in nicht von der Regierung kontrollierten Regionen. Syriens Regierung hatte die EU-Kommission erst zwei Tage nach den Beben um Hilfe ersucht und das EU-Katastrophenschutzverfahren ausgelöst.

SANKTIONEN SIND KEIN HINDERNIS

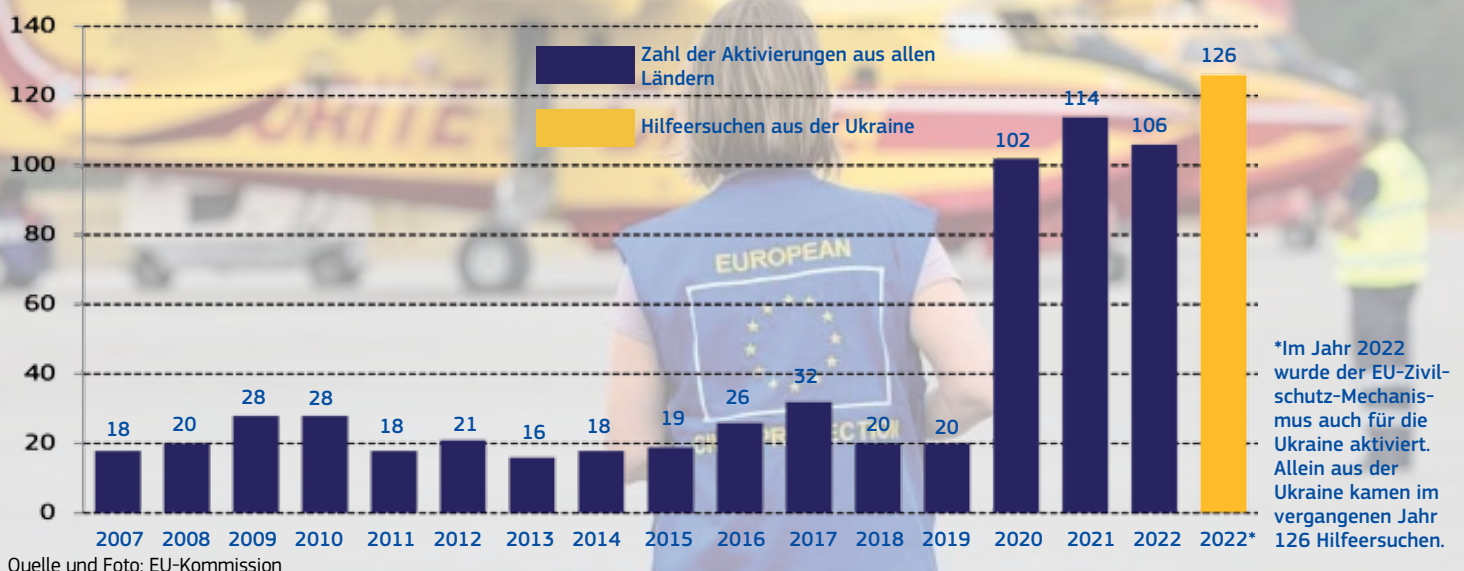
Lenarčič stellte klar, dass bestehende Sanktionen gegen das syrische Regime einer Hilfe durch die EU und ihrer Mitgliedstaaten nicht entgegenstehen. Der EU-Kommissar betonte auf einer Pressekonferenz in Brüssel, „die Sanktionen zielen auf das Regime und seine Unterstützer ab, sie wirken sich nicht auf unsere seit mehr als zehn Jahren laufende humanitäre Hilfe aus.“

Die Sanktionen der EU-Mitgliedstaaten gegen Syrien greifen seit 2011, nachdem das Regime Chemiewaffen gegen die Zivilbevölkerung einsetzte. (pr) ■

Katastrophenhilfe

Aktivierung des EU-Katastrophenschutzverfahrens 2007–2022

Zwischen 2007 und 2021 wurde das Katastrophenschutzverfahren mehr als 500 Mal aktiviert.



Quelle und Foto: EU-Kommission

ENERGIE

Kommission legt Kriterien für grünen Wasserstoff fest

Die EU-Kommission hat zwei Regelungen vorgestellt, die festlegen, unter welchen Bedingungen Wasserstoff als grün – klimaeffektiv – gilt. Produktionsanlagen müssen demnach an neue Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren wie Wind und Sonne angeschlossen sein.

Zudem muss der eingesetzte Strom auch zeitnah und in derselben Region erzeugt werden, in welcher der Wasserstoff hergestellt wird. Eine zweite Regelung legt fest, wie die Klimaleistung von Wasserstoff (H₂) oder seiner Folgeprodukte wie Ammoniak (NH₃) berechnet wird. Wasserstoff gilt als Energieträger der Zukunft. Bei seiner Verbrennung entsteht allein Wasserdampf.

Die EU-Klimaprogramme *Fit für 55* und *REPowerEU* geben das Ziel aus, bis 2030 in Europa jährlich 10 Millionen Tonnen Wasserstoff zu produ-

zieren. Der Vorstoß der Kommission kommt im Rahmen eines delegierten Rechtsakts. Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament bleiben zwei Monate Zeit, um über die Initiative zu entscheiden. Sie können in diesem Verfahren aber keine Änderungsvorschläge einbringen.

[Grüner Wasserstoff](#)



© Shutterstock

WIRTSCHAFTSVORAUSSCHAU

Wachstumsprognosen für EU und Deutschland erhöht

Fast ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine geht es der EU-Wirtschaft besser als erwartet. So geht die EU-Kommission in ihrer *Winterprognose* für 2023 von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr aus. Im Herbst vergangenen Jahres war die Kommission noch von einem moderaten Plus von 0,3 Prozent ausgegangen. EU-Währungskommissar Paolo Gentiloni sagte, die Herausforderungen seien „nach wie vor groß, weswegen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen.“ Für Deutschland erhöhte die EU-Kommission die Wachstums-

prognose für das laufende Jahr auf plus 0,2 Prozent, gegenüber minus 0,6 Prozent bei der Herbstvorschau. Für 2024 wird ein Zuwachs um 1,3 Prozent erwartet. Doch „dürfte sich das Exportwachstum aufgrund der schwachen Auslandsnachfrage verlangsamen“, heißt es im Wachstumsbericht zu *Deutschland*. Fallende Energiepreise lassen auch die Inflation sinken. Für den Euroraum rechnet die Kommission für 2023 mit einer Inflationsrate von 5,6 Prozent (Deutschland 6,3 Prozent).

[Wachstumsbericht](#)

BÜRGERBETEILIGUNG

Basisforum dringt auf weniger Lebensmittel im Abfall

Rund 57 Millionen Tonnen Lebensmittel landen in der EU jährlich auf dem Müll, das sind rund *127 Kilogramm* pro Kopf. Die EU-Kommission strebt an, diese Menge im Zuge der Agrarstrategie *Vom Hof auf den Tisch* bis 2030 zu halbieren. Und setzt dabei auch auf Vorschläge von Europas Bürgerinnen und Bürgern. Eine Basiskonferenz hat auf Initiative der EU-Kommission Vorschläge erarbeitet, wie in Europa die Lebensmittelverschwendung verringert werden kann. Nach drei Wochenendforen haben die 142 per Los ausgewählten Bürgerinnen und Bürger einen *Abschlussbericht* mit 23 Initiativen vorgelegt. Dazu

gehört etwa, stärker auf Lebensmittel aus der Region zu setzen, um ein Verderben der Ware beim Transport zu vermeiden. Ebenso zählt dazu der Ausbau von Lebensmittelbanken, die nicht verkaufte Waren bereithalten. Das Angebot dieser Lebensmittelbanken könnte zudem über Apps vernetzt werden. Die Basiskonferenz war im Zuge der Kommissionsinitiative *Konferenz zur Zukunft von Europa* eingerichtet worden.

[Basisbeteiligung](#)

EAD-BERICHT

Borrell warnt vor russischen Desinformationskampagnen

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat vor den Folgen gezielter Desinformationskampagnen gewarnt. Russland nutze „Informationsmanipulationen als entscheidendes Instrument des Krieges“, *sagte* Borrell bei der Vorstellung des ersten *Berichts des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD)* über gezielte ausländische Desinformationen. Er fügte hinzu: „Wenn die Information toxisch ist, kann Demokratie nicht gelingen.“

Der Bericht untersucht Desinformationskampagnen zwischen Oktober und Dezember 2022. Demnach nutzt vor allem Russland Falschnachricht-

ten im Umfeld seines Angriffskriegs gegen die Ukraine. Aber auch China setzt gezielt Desinformationen ein. Dabei werden auch diplomatische Kanäle genutzt. Zugleich wird versucht, etablierte Medienmarken zu imitieren, um Falschnachrichten mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen. Lutz Güllner, Leiter der Strategischen Kommunikation beim EAD, *erläuterte*: „Es geht um Irreführen, um Ablenken, Täuschen. Und letztlich um Destabilisieren.“

[Neues Transparenzzentrum](#)

Mitgliedstaaten vereinbaren besseren Schutz der EU-Außengrenzen

Die Mitgliedstaaten der EU haben sich auf einem Sondergipfel in Brüssel auf ein gemeinsames Vorgehen in der Migrationspolitik verständigt, dazu gehört ein besserer Schutz der EU-Außengrenzen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte nach den Beratungen: „Wir werden handeln, um unsere Außengrenzen zu stärken und irreguläre Migration zu verhindern.“



Zur Stärkung der EU-Außengrenzen sollen unter anderem die Grenzkontrollen verbessert werden. Hier ein Frontex-Beamter bei einer Fahrzeugüberprüfung

© Frontex

Die EU-Kommission hatte 2020 ein neues Asyl- und Migrationspaket vorgelegt. Zentrale Vorhaben wie eine Stärkung der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) sowie die Schaffung der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) wurden bereits angegangen. Von der Leyen sagte: „Bislang haben wir gute Fortschritte erzielt. Und dieses Tempo müssen wir halten.“

Auf dem Gipfel in Brüssel vereinbarten die Mitgliedstaaten unter anderem:

▶ **Besseres Grenzmanagement:** Im vergangenen Jahr meldete die EU-Grenzagentur Frontex rund 330.000 illegale Einreisen in die EU. Das sind 64 Prozent mehr als 2021. Die Mitgliedstaaten vereinbarten ein besseres Management an den EU-Außengrenzen. In Pilotprojekten soll der Einsatz neuer technischer Mittel bei der Grenzicherung erprobt werden. Von der Leyen sprach von der Konzentration auf zwei Pilotprojekte an den Außengrenzen. „Wir werden ein integriertes Paket mobiler und stationärer Infrastrukturen bereitstellen – von Fahrzeugen bis hin zu Kameras, von Wachtürmen bis hin zur elektronischen Überwachung.“

▶ **Schnellere Verfahren:** Derzeit sind in Europa rund 620.000 Asylverfahren nicht entschieden. Neue Initiativen sollen schnellere Verfahren und gemeinsame Standards etablieren. In einem ersten Test soll auch an der EU-Außengrenze über Asylanträge entschieden werden, ein Verfahren, das bislang nur an Flughäfen umgesetzt wird. Von der Leyen sprach von Pilotprojekten, „die sich auf die Verfahren an der Grenze konzentrieren, um gute Vorgehensweisen aufzuzeigen – für die Registrierung, für schnelle und faire Asylverfahren und für den Umgang mit der Rückkehr.“ Auch hier leistet die EU den Mitgliedstaaten Unterstützung, etwa durch die EU-Asylagentur, Europol und Frontex.

Selenskyj in Brüssel

Auch die Ukraine war Thema des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reiste dafür nach Brüssel. Ursula von der Leyen sagte dem ukrainischen Präsidenten andauernde europäische Unterstützung zu und kündigte ein zehntes Sanktionspaket gegen Russland an. In einer Rede im Europäischen Parlament dankte Selenskyj für die europäische Unterstützung.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben die Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskrieges mit rund 67 Milliarden Euro unterstützt.

▶ **Gezielte und schnellere Rückführung:** Die Staats- und Regierungschefs sind übereingekommen, Rückkehrentscheidungen gegenseitig anzuerkennen. Das bedeutet, dass eine Rückkehrentscheidung in allen Mitgliedstaaten gilt. Wenn also jemand in einen anderen Mitgliedstaat weiterreist, muss nicht noch einmal dasselbe Verfahren durchgeführt werden. Bei der Rückführung soll enger mit den Herkunftsländern kooperiert werden, etwa in Handelsfragen. Von der Leyen sprach von „verschiedenen Anreizen, die wir setzen können“. Auch über Wege der legalen Migration soll verhandelt werden.

▶ **Umverteilung:** In der EU gilt die Dublin-Regel – ein Asylantrag ist in dem Land einzureichen, in dem die Einreise in die EU erfolgt. Von der Leyen mahnte an, „dass wir die unter Druck stehenden Mitgliedstaaten besser unterstützen müssen“. Bereits im vergangenen Juni hatten sich die EU-Staaten auf einen freiwilligen Solidaritätsmechanismus verständigt. Teilnehmende Länder wie Deutschland bieten die freiwillige Übernahme Geflüchteter an. Andere Staaten leisten finanzielle Beiträge oder andere Unterstützungsmaßnahmen in der Asylpolitik. Doch das Verfahren kommt nicht in Schwung. Die Präsidentin sagte, „der freiwillige Solidaritätsmechanismus muss liefern, um wirksame Solidarität sicherzustellen“. (pr)

Ergebnisse des Sondergipfels



© European Union, 2023

■ LUFTQUALITÄT

Neue Lastwagen und Busse in Europa sollen sauberer werden

Dass in der EU ab 2035 nur noch emissionsfreie Autos und leichte Nutzfahrzeuge zugelassen werden können, hat das Europäische Parlament jetzt endgültig besiegelt. Gleichzeitig möchte die EU-Kommission auch dafür sorgen, dass neue Lastwagen und Busse sauberer werden.

So sollen neue Linienbusse im Stadtverkehr von 2030 an keine fossilen Kraftstoffe mehr nutzen. Neue Lkw sollen ab 2045 90 Prozent weniger CO₂ ausstoßen als im Basisjahr 2019. Auf Lastkraftwagen, Stadtbusse und Reisebusse entfallen über 25 Prozent der Treibhausgasemissionen allein aus dem Straßenverkehr. „Die Bekämpfung der Klimakrise, die Verbesserung der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger und die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit Europas gehen Hand in Hand“, erklärte Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans. Der Verkehr gilt als größte Quelle der Luftverschmutzung in Städten.

WENIGER STICKOXIDE, FEINSTAUB UND KOHLENDIOXID

Im Jahr 2018 stammten rund 39 Prozent der *Stickoxide* – Fachleute sprechen von NO_x – und 10 Prozent der Feinstaubpartikel von Autos, Bussen und schweren Lastwagen. Im vergangenen November hatte die EU-Kommission mit der *Abgasnorm Euro-7* bereits einen Vorschlag zur Verringerung der Luftschadstoffe vorgelegt. Sie aktuali-



Ab 2030 sollen alle neuen Stadtbusse emissionsfrei fahren.

© RVK Köln

siert nun auch die CO₂-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge. Die derzeit gültigen Vorgaben stammen aus dem Jahr 2019 und stehen mit den Klimazielen der EU nicht mehr im Einklang.

Für Neuzulassungen sieht die Initiative der EU-Kommission vor:

▶ **Weniger Klima-Emissionen:** Für neuzugelassene Lastwagen schlägt die Kommission vor, den CO₂-Ausstoß in Bezug auf das Basisjahr 2019 schrittweise zu senken: um 45 Prozent ab 2030, 65 Prozent ab 2035 und 90 Prozent ab 2040. Neue Linienbusse im Stadtverkehr sollen von 2030 an ohne Kohlendioxid-Emissionen auskommen. „Das ist ambitioniert, aber erreichbar“, sagte Timmermans.

▶ **Weniger Luftschadstoffe:** Neben Kohlendioxid belasten Fahrzeuge die Umwelt durch Stickoxide und Feinstaub. Die Euro-7-Norm vom vergangenen Jahr strebt eine Verringerung des Schadstoffausstoßes an: Für Autos und Kleintransporter sollen Stickoxid-Emissionen bis 2035 im Vergleich zu den bestehenden Vorgaben um 35 Prozent sinken. Für Busse und schwere Lastwagen soll der NO_x-Ausstoß um 56 Prozent reduziert werden.

Timmermans sieht in der Initiative aber einen Vorteil für Europas Unternehmen. Es sei wichtig, europäische Innovationen auch in Europa zum Einsatz zu bringen. „Wir sollten nicht die Fehler bei der Entwicklung von Solarzellen wiederholen“, warnte er bei der Vorstellung der Initiative in Straßburg.

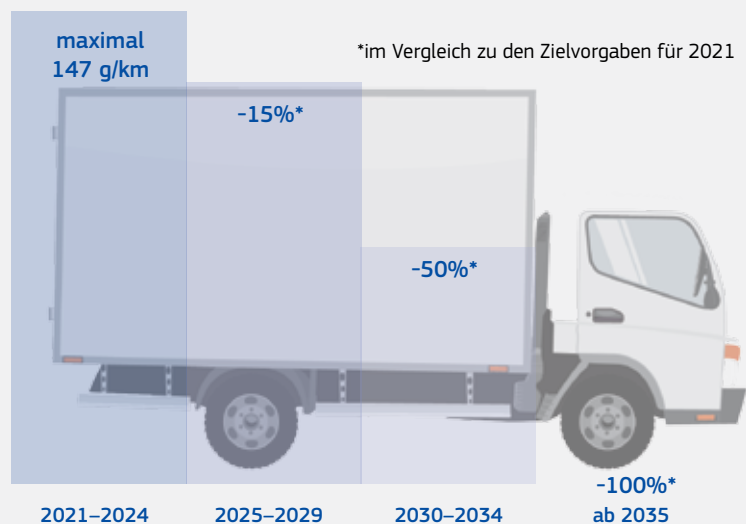
EU FÖRDERT NEUE MOBILITÄT IN DEUTSCHLAND

Die EU unterstützt bereits den Aufbruch in eine klimafreundliche Mobilität in Deutschland, etwa beim Ausbau der Elektromobilität oder den Einsatz alternativer Kraftstoffe wie Wasserstoff. So genehmigte die EU-Kommission zuletzt ein Vorhaben der Bundesregierung, den *Ausbau der Ladeinfrastruktur* in Deutschland mit 1,8 Milliarden Euro zu fördern. Die 8.500 Schnell-Ladepunkte sollen vor allem in ländlichen Regionen stehen. (pr)

Grüner Wasserstoff

Geschätzte CO₂-Emissionsreduktionen für leichte Nutzfahrzeuge

In der EU sollen ab 2035 nur noch emissionsfreie Neuwagen auf den Markt gebracht werden



Wie Forscherinnen in Stuttgart überschüssige Energie in Form von Wärme bunkern

Wind ist unberechenbar. Er bläst mal zu viel. Und mal gar nicht. Und auch Sonnenenergie ist nicht stetig verfügbar. Das macht die Stromerzeugung aus Erneuerbaren nicht immer einfach.



EU-gefördertes
Forschungsprojekt
CHESTER

12 Partner

7 Länder

48 Monate

Mit Unterstützung der EU forschen Andrea Gutierrez (L) und Maïke Johnson am Institut für Technische Thermodynamik an Methoden, die Energie aus Windkraft und Solarstrom in Spitzenzeiten zu speichern.

© Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)

„Wir arbeiten an einem flexiblen Energiemanagementsystem, mit dem wir Strom aus erneuerbaren Energien in Spitzenzeiten einspeichern können, um ihn bei Bedarf wieder abzurufen“, sagt Maïke Johnson. Gemeinsam mit ihrer Kollegin Andrea Gutierrez und ihrem Team „Thermische Systeme mit Phasenwechsel“ vom Institut für Technische Thermodynamik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Stuttgart hat Johnson einen nachhaltigen Energiespeicher (Foto unten) entwickelt. Die EU unterstützt das Forschungsprojekt, an dem europaweit elf weitere Partner in insgesamt sieben Ländern beteiligt sind, mit fünf Millionen Euro.

STROMSPEICHER DER ZUKUNFT

CHESTER – Compressed heat energy storage for energy from renewable sources – heißt das europäische Forschungsvorhaben zur Entwicklung eines nachhaltigen Energiespeichers, mit dem Dunkelzeiten und Lastspitzen klimaneutral überbrückt werden können – eine wichtige Voraussetzung für den Ausbau erneuerbarer Energiequellen. Zuletzt hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärt: „Wir sollten auch in diesem Jahr eine Verdoppelung der neuen Kapazitäten erneuerbarer Energien anstreben.“



© DLR

Ein wichtiges Element zum Speichern überschüssiger Energie sind so genannte Carnot-Batterien. So nennen Fachleute Energiespeichersysteme, die Strom in Form von Wärme speichern. Der Clou der Stuttgarter Pilotanlage: Das System arbeitet mit einem Gemisch aus Nitratsalzen. Johnson erläutert: „Während Wasser schon bei 100 Grad Celsius verdampft,

können wir mit diesen Salzen bei höheren Temperaturen arbeiten.“ Mit dem Strom aus Wind und Sonne werden die Salze zum Schmelzen gebracht. Temperaturen bis zu 350 Grad Celsius können so erreicht werden. Wärme, die sich bei Bedarf wieder in Strom verwandeln lässt.

BIS ENDE DES JAHRZEHNTS MARKTREIF

Auch hier geht das Stuttgarter Forschungsteam neue Wege. Klassisch bekannt ist die Stromgewinnung mit Wasserdampf und Turbine. In Stuttgart setzen sie auf zwei spezielle Kältemittel, die für die Wärmeübertragung rund um die Behälter mit den heißen Nitratsalzgemischen geführt werden. Die Rohre sind eigens für die Stuttgarter Anlage entworfen worden, eine Rippenstruktur ermöglicht eine große Oberfläche – und so eine gute Wärmeübertragung. Das Herausfordernde ist, die optimalen Betriebsparameter herauszufinden und einzustellen. Johnson erklärt: „Für einen stabilen Wärmeübertrag zwischen Wärmepumpe und Speicher und dann zur Wärmekraftmaschine müssen alle Komponenten zeitlich und mit der passenden Leistung zusammenspielen.“ Bis Ende des Jahrzehnts soll die Stuttgarter Anlage zur Marktreife gebracht werden.

Maïke Johnson, die mit ihrem Projektteam die Stuttgarter Anlage entwickelt hat, ist in den USA geboren. Sie hat Maschinenbau studiert. Nun forscht sie in Stuttgart an nachhaltigen Energielösungen. Über das europäische Forschungsvorhaben sagt Johnson: „Die Arbeit mit internationalen Kolleginnen und Kollegen verschafft dem Projekt und unseren Publikationen eine europaweite Aufmerksamkeit.“ Andrea Gutierrez, in Bolivien geboren, leitet am Stuttgarter DLR-Institut die Arbeitsgruppe für Thermische Speichersysteme mit Phasenwechsel. Sie sagt über die Vorteile der Kooperation mit Forschergruppen des CHESTER-Projekts, „Die europäische Zusammenarbeit garantiert, dass unser Energiespeicher auch in unterschiedlichen Ländern einsetzbar ist.“ (pr)

EU-Projekt CHESTER

Europa in Zahlen

22

Prozent der Energie in der EU wurde im vergangenen Jahr aus erneuerbaren Quellen wie Wind, Wasser und Sonne erzeugt. Damit waren Erneuerbare erstmals die wichtigste Elektrizitätsquelle in der EU, sie lieferten 2023 mehr Strom als Erdgas (20 Prozent) und Kohle (16 Prozent). Das ergab der jährliche Energiebericht der Forschungsgruppe *Ember*. EU-Energiekommissarin Kadri Simson *twitterte* in einer Leseempfehlung, dies sei „eine interessante Analyse des Aufstiegs der Erneuerbaren“.

Das *Programm REPowerEU*, das die EU-Kommission im vergangenen Jahr nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine vorgelegt hatte, sieht einen Ausbau der Erneuerbaren in der EU bis 2030 auf 45 Prozent vor. Deutschland erlebte laut der Studie im vergangenen Jahr mit einer Zusatz-Leistung von 7,9 Gigawatt (GW) den größten Zuwachs an Solarstrom in der EU, gefolgt von Spanien (7,5 GW), Polen (4,9 GW), den Niederlanden (4 GW) und Frankreich (2,7 GW).

Ember-Energiebericht

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 20.02.2023 17.00–18.30 Uhr	„Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ Informationsveranstaltung (Teil 2) Veranstalter: EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen und Online	https://europapunktbremen.de/events/rechte-von-menschen-mit-behinderung/
> 21.02.2023 17.00 Uhr	„Lehren aus Qatargate – Wie stärken wir die europäische Demokratie?“ Bürgerdialog Veranstalter: EuropaUnion Deutschland	Online	www.europa-union.de/buergerdialog/europa-wir-muessen-reden/veranstaltungen/210223-online-buergerdialog
> 22.02.2023 18.00–21.00 Uhr	„Women in War. Mut und Widerstandskraft ukrainischer Frauen im russischen Angriffskrieg“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Rotes Rathaus Rathausstraße 15 10178 Berlin	www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/22-02-2023/women-war
> 22.02.2023 19.00–20.30 Uhr	„My Europe – Bulgaria“ Podiumsdiskussion Veranstalter: EUROPE DIRECT Aachen	Online	www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/mein-europa/my-europe-bulgaria
> 25.02.2023 14.00–16.00 Uhr	„Europäisches Manifest. Diskussion über den ersten Themenkreis ‚Demokratisches Europa‘“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Deutschland	Online	www.europatermine.de/europa-terminen/termin/28803
> 01.03.2023 19.00–20.30 Uhr	„Wer macht eigentlich was in Europa?“ EU-Infoabend Veranstalter: EUROPE DIRECT Aachen	VHS Aachen Peterstraße 21–25 52062 Aachen	www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/infoabend/eu-infoabend-2023

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<< https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de >>](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ BERLINALE 2023

Viele EU-geförderte Filme im Wettbewerb vertreten

Auf den 73. Internationalen Filmfestspielen vom 16. bis 26. Februar in Berlin werden 18 Filme und Serien zu sehen sein, die durch das europäische Filmförderprogramm Creative Europe MEDIA unterstützt wurden, sieben davon aus Deutschland oder mit deutscher Beteiligung. Im Programm Berlinale Special ist „Sonne und Beton“ (Foto) des Regisseurs David Wnendt zu sehen. Weitere Filme mit deutscher Beteiligung sind: „Irgendwann werden wir uns alles erzählen“ von Emily Atef, „Seneca – On the Creation of Earthquakes“ von Robert Schwentke, „Inside“ von Vasilis Katsoupis und „The Siren“ von Sepideh Farsi.

Zu einem [Info-Tag](#) über die Förderungen von MEDIA lädt die Europäische Kommission am 20. Februar von 10.00 bis 16.45 Uhr in die Landesvertretung Schleswig-Holstein. Der MEDIA Umbrella-Stand im Martin-Gropius-Bau wird vom 16. bis zum 22. Februar wieder zum zentralen Treffpunkt der europäischen Filmbranche.

[MEDIA auf der Berlinale 2023](#)



© Constantin Film Verleih Anne Wilk

■ ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Zahlungsrichtlinie wird überarbeitet

Trotz der aktuellen EU-Regeln über Zahlungsverzug werden immer noch über 60 Prozent der Unternehmen in der EU nicht rechtzeitig bezahlt. Am stärksten betroffen sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die Kommission plant deshalb, die bestehenden Regeln zu überarbeiten und hat dazu eine öffentliche [Konsultation](#) eingeleitet. Unternehmen, Verbände, Hochschulen und öffentliche Stellen sind dazu eingeladen, bis zum 17. März 2023 ihre Meinung mitzuteilen.

Die anstehende Überarbeitung der Zahlungsverzugsrichtlinie ist Teil des „KMU-Entlastungspakets“ das Präsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union 2022 angekündigt hat. Bis zum Sommer 2023 will die Kommission einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.

[Konsultation zum Zahlungsverzug](#)

■ EUROPÄISCHES JUGENDEVENT EYE2023

Individuelle Anmeldungen sind jetzt möglich

Alle zwei Jahre bringt das [Europäische Jugendevent \(EYE\)](#) Tausende von jungen Menschen aus der ganzen Europäischen Union und darüber hinaus zusammen, um ihre Ideen zur Zukunft Europas auszutauschen und zu gestalten. Es ist eine einzigartige Gelegenheit für junge Menschen, einander und Entscheidungsträger im Zentrum der europäischen Demokratie zu treffen und sich gegenseitig zu inspirieren.

EYE2023, die fünfte Ausgabe der Veranstaltung, findet am 9. und 10. Juni im französischen Straßburg mit Aktivitäten vor Ort und auch online statt. Teilnehmen können junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren, einzeln oder als Teil einer Gruppe. Die Teilnahme am EYE ist kostenlos, die Reise und Unterkunft müssen individuell getragen werden. Anmeldungen sind bis zum 24. Februar möglich.

[EYE2023](#)

16.02.2023 EU-NACHRICHTEN #03/2023

■ CAFÉ KYIV – WIR WÄHLEN DIE FREIHEIT!

Das Ukraine-Event im Café Moskau

Der russische Überfall auf die Ukraine jährt sich am 24. Februar zum ersten Mal. Anlässlich dieses erschütternden Jahrestages wird in einer Kunstaktion das Berliner Café Moskau kurzzeitig in Café Kyiv umbenannt. Am 27. Februar 2023 lädt die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit Partnern zum Event [„Café Kyiv – Wir wählen die Freiheit!“](#) ein. Den ganzen Tag über finden Workshops, Diskussionen, Talks, Salons und Kultur statt. Es geht um Freiheit, Europa, Sicherheit und den Wiederaufbau. Über Kunst, Geschichte, Filme, Küche und kreative Szene kann man die Ukraine neu kennenlernen und ihre vielfältigen Stimmen hören.

Das Café Moskau ist eine Eventlocation im Zentrum der Hauptstadt. Der einstige DDR-Prestigebau mitten in einem sozialistischen Wohnkomplex galt als Symbol der Brüderlichkeit von DDR und Sowjetunion.

[Ukraine-Event](#)



© European Union 2021 – EP – Dysturb/Chauvin Guillaume